# Deutschland, Deutschland über alles!

Autor(en): **Moser, Jürg / Smudja, Gradimir / Graf, Finn**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **119 (1993)**

Heft 27

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-611866

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

GRADIMIR SMUDJA

# Deutschland Deutschland überalles!

Von Jürg Moser

Am 16. Juni 1993 hat der deutsche Bundeskanzler etwas abgegeben, was er in gewohnter Selbstzufriedenheit als «Regierungserklärung zur Bekämpfung von Gewalt und Extremismus in Deutschland» deklarierte. Das derzeitige Hauptorgan deutscher Politik, das als Kohl in die Weltgeschichte eingehen wird, wollte mit diesem perfiden Geschwafel seinen real existierenden Volkskörper in den biederen Mantel der Verharmlosung kleiden.

Vor einigen Jahren verzeichnete das haselnussige Schwarzbraun republikanischer Bluts- und Schollenverbundenheit in Deutschland einen erheblichen Zustrom von Wählerinnen und Wählern. Die Bundesregierung verwies auf ähnliche Erfolge vergleichbarer Rechtsparteien im übrigen Europa – und sah nicht ein, dass eine solche Entwicklung in Deutschland einen andern Hintergrund haben könnte. Im Gegenteil, man wollte sich nicht durch internationale Befürchtungen an den deutschen Stammbaum pinkeln lassen. Wer die christlich-demokratische Gnade der späten Geburt erleben durfte, trägt keine Verantwortung für die schrecklichen Greueltaten seiner grobschlächtigen Vorgänger – diese waren ja ohnehin unschuldig, weil sie mit ordnungsgemässer Gründlichkeit nichts als die Aufträge ihres übergeordneten Reichs ausführten (stolze Pflichterfüllung entbindet von persönlicher Verantwortung, ist ja klar). Mit einer christlich-sozialen Rückkehr zum aufrechten Gang befreite man sich deshalb von einer Schuldenlast, die in biblischen Zeiten noch bis ins dritte, vierte oder fünfte Glied vererbt wurde. Gleichzeitig übernahmen CDU und CSU rechtslastige Parolen von Schönhubers Republikanern, um damit Wählerinnen und Wähler wieder in die eigenen Parteien zurückzuholen. «Ein schlechter Baum», so steht es geschrieben, «kann nicht gute Früchte bringen.» Hat die Bibel möglicherweise doch recht?

Zur politischen Anbiederung von CDU und CSU bei Schönhubers brauner Gefolgschaft passte die damalige Bewertung ihrer neonazistischen Zuläufer als harmlose Randgruppe. Ob in kahlköpfiger Variante mit Lederjacken oder in braunhemdiger Version mit ordentlich geschniegeltem Haarschnitt konnten sie sich von der Bundesregierung akzeptiert fühlen. Ihre deutsche Bereitschaft zur Welteroberung trainierten sie – unterstützt durch die Medien – in den friedlichen Gefilden eines politischen Nebenschauplatzes, nämlich beim Sport. Dass dieses Gebiet vorzüglich zur propagandistischen Darstellung hochgezüchteter Überlegenheit geeignet ist, hat die Geschichte bereits einmal bewiesen. In den Fussballstadien schiessen sich schlagzeilenmässig Sturmspitzen in die Freiheit, indem sie als Helden ihre zähneklappernden Feinde kampfunfähig machen, niedermetzeln und killen, um am Ende von bombenmässigen Dynamitrekordschlachten den verdienten und überlegenen Sieg über den klinisch toten Widersacher davonzutragen.

Solchermassen trainiert, entdeckten Neonazis die sinnvolle Freizeitbeschäftigung, lustige Hetzjagden auf Türken und andere Kanaken durchzuführen. Später fanden sie in Rostock-Lichtenhagen zum Hobby. Asylantenunterkünfte anzuzünden, wobei sich die anfänglich stillschweigende Zustimmung biederer Durchschnittsdeutscher zu offenem Beifall entwickelte. Die Behörden duldeten, aus Unfähigkeit oder Kalkül, die damaligen Übergriffe. Durch dieses Verhalten und den Erfolg ihrer Aktion, der im Abtransport der Asylbewerber lag, konnten sich die Neonazis zu weiteren Gewaltakten dieser Art legitimiert sehen – womit die lange Kette der Ausschreitungen bis nach Mölln und Solingen begann. Heute dürfen die Neonazis die Verschärfung der Asylgesetzgebung als Signal dafür auffassen, dass Ausländer in Deutschland staatsächlich unerwünscht sind, was die Xenophobie und die Intoleranz zusätzlich anheizt.

Wer nun meint, die neue Fremdenfeindlichkeit, die überall in Europa feststellbar ist, stehe in Deutschland nicht mit Rassismus im Zusammenhang, sondern lediglich mit dem Asylantenzustrom, täuscht sich gründlich: Ernsthafte antisemitische Zwischenfälle in Deutschland haben 1992 im Vergleich zum Vorjahr um 20 Prozent zugenommen!

Die offizielle Stellungnahme der Bundesregierung zu den fremdenfeindlichen Entgleisungen liess lange auf sich warten. Nicht der Bundeskanzler und nicht der Innenminister, sondern Aussenminister Kinkel besuchte nach dem Brandanschlag auf die jüdische Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen den Tatort. Die Bundesregierung wollte offenbar dem Ausland zeigen, dass aufschwelende Erinnerungen an den Nationalsozialismus und den «deutschen Nationalcharakter» unbegründet seien. An der Trauerfeier in Köln für die fünf türkischen Todesopfer des Brandanschlags in Solingen konnte der Bundeskanzler nicht teilnehmen, weil er seines Erachtens damit unweigerlich zur Zielscheibe von Protestkundgebungen geworden wäre. So musste er sich lächelnd damit begnügen, bei seiner alljährlichen Gartenparty von einer Schar türkischer Kinder einen Blumenstrauss entgegenzunehmen und für die Verbreitung eines entsprechenden Pressefotos zu sorgen. Zur Teilnahme an der Wiedereinweihung des Berliner Doms fand aber dann Kohl sehr wohl Zeit. Schliesslich ist Berlin wieder die Hauptstadt, wie einst, und die Frage danach, ob der diesbezügliche Entscheid im Hinblick auf neonationalistische Umtriebe richtig oder falsch war, scheint sich nicht zu stellen. Ebensowenig stellt sich die Frage, ob unter den heutigen Bedingungen die beabsichtigte Renovation der maroden Loreley sinnvoll ist. Und wer fragt schon, ob das viel beschworene Selbstverständnis des wiedervereinten Deutschlands als homogener Nationalstaat nicht seinen Beitrag zu neonationalistischen Entwicklungen leistet?

Dass die Erklärung vom 16. Juni so lange auf sich warten liess, hat seine Gründe. Wollte Kohl aus wahltaktischen Überlegungen seine Stellungnahme nur im grössten Notfall abgeben? 1994 gibt's siebzehn Wahlen – neun Kommunalwahlen, sechs Landtagswahlen, die Europawahlen und die Wahl des Bundestags. Es liegt deshalb der Regierungskoalition nichts daran, rechtslastige Bevölkerungskreise zu verärgern und damit Stimmen an jene noch rechteren Parteien zu verlieren, an deren Spitzen politische Analphabeten mangels Kompetenz die soziale Protestbewegung für sich nutzen.

Nur eine äusserste Notlage konnte Kohl zu seiner «Regierungserklärung» zwingen. In diese Notlage führte ihn die Wirtschaft, welche sich mit der Regierungspolitik nach lange aufgestautem Frust verkracht hat. Das in Düsseldorf erscheinende *Handelsblatt* berichtete Anfang Juni, dass Unternehmen und Wirtschaftsverbände dazu übergehen, ihre Solidarität mit den Ausländern zu betonen, weil sie auf die ausländischen Arbeitskräfte nicht verzichten können. 72 Prozent aller deutschen Führungskräfte sind mit der Regierung unzufrieden. Deutschland rutscht unter den Industrienationen immer weiter ab, und die Wirtschaftbosse erklären, es sei der Kanzler, der das Land in die schwerste Wirtschaftskrise führe. Solche Vorhaltungen provozieren natürlich kohlschen Handlungsbedarf. Denn Kohl gelangte an die Macht, als in westlichen Industrienationen eine Rezession herrschte, von der auch Deutschland betroffen war. Für diese Rezession machte Kanzlerkandidat Kohl – erfolgreich – die angebliche Misswirtschaft der SPD verantwortlich. Kurze Zeit später setzte ein internationaler Wirtschaftsaufschwung ein, der sich auch in Deutschland auswirkte. Schamlos verbuchte der neue Bundeskanzler die wirtschaftliche Trendwende als alleinige Frucht seines eigenen Mistes. Heute hindert ihn nichts daran, die deutsche Wirtschaftsentwicklung mit der internationalen Lage zu begründen. Der Rückblick zeigt, warum nun eine «Regierungserklärung» doch noch fällig wurde: Ohne Unterstützung durch die Wirtschaft wären die kommenden Wahlen von den Koalitionsparteien kaum zu gewinnen!

In seiner sogenannten Erklärung bekundete Kohl Trauer und Entsetzen angesichts der fremdenfeindlichen Verbrechen, die «ein unerträgliches Mass an sittlicher Verrohung» zum Vorschein gebracht hätten. Nachdem die offizielle Formulierung dieser Trauer und dieses Entsetzens monatelang auf sich warten liess, wirkt sie natürlich besonders glaubwürdig. Verstärkt wird die Glaubwürdigkeit durch Kohls Anschlussbehauptung, Deutschland sei ausländerfreundlich. Für diese Ausländerfreundlichkeit hatte der Bundeskanzler einen statistischen Beweis: 6,5 Millionen Ausländer leben in Deutschland. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt also weit weniger als 10 Prozent. Ist wohl die Schweiz mit einem doppelt so hohen Ausländeranteil doppelt so ausländerfreundlich wie Deutschland? Zum Beweis seiner persönlichen Liebe zu den Ausländern erhob Kohl den Vorwurf, die ausländischen Medien würden die extremistische Gewaltwelle in Deutschland hochspielen! Einem Niederspieler muss dies natürlich ein Dorn im Auge sein. Niederspielerische Qualität bewies Kohl in seiner Erklärung, indem er ebenso zufällig wie konsequent aufs «Rechts» vor Terrorismus und Extremismus verzichtete, während er zu RAF-Zeiten das «Links» vor diesen beiden Wörtern ebenso zufällig wie konsequent nie vergessen hatte.

Kohls «Regierungserklärung» bestand im weiteren nur aus Wischiwaschi. Er wiederholte die Absicht der Bonner Regierung, eine «Offensive gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit» zu lancieren. In welcher Richtung und wann? Wenn's ihm mit seiner Trauer und seinem Entsetzen wirklich ernst wäre, hätte er diese Absicht schon viel früher gehabt und

schon längst realisiert. Ausserdem kündigte der Bundeskanzler eine baldige Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts an, die noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll. Das klänge an sich gut, wenn man nicht heute schon wüsste, dass die CDU und die CSU im Gegensatz zu FDP und SPD gegen die generelle Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft sind. Die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an jene 5,5 Millionen Ausländer in Deutschland, die noch nicht in ihrem Besitz sind, würde ein Zeichen setzen. Die Gegenargumente kann man – als Reaktion auf einen «Augstein»-Artikel – in den Leserbriefspalten des *Spiegel* vom 21. Juni nachlesen. Erstes Beispiel: «Herr Augstein hat in seinem Kommentar ganz richtig erfasst, dass die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft zur Integrierung speziell der türkischen Mitbewohner dieses Landes nichts bringen würde, da diese das Ziel der Gleichstellung und Anerkennung verfehlte. Die so mit der doppelten Staatsbürgerschaft Beglückten wären ja wieder keine Deutschen, sondern Deutsch-Türken, oder wie man es sonst auch immer nennen will.» Zweites Beispiel: «Die Integration von Menschen aus gänzlich anderen Kulturen wird nur gelingen, wenn die individuelle Bereitschaft zur Anpassung an die hiesigen Gegebenheiten da ist. Die doppelte Staatsbürgerschaft wäre ein Trostpflaster, das fehlende Assimilation nicht überdecken könnte.» Beide Leserbriefschreiber sind persönlich ganz gewiss nette und anständige Menschen. Zwischen ihren Zeilen entlarven sie aber den «harmlosen» Alltagsmist, der als fruchtbarer Dünger den Eisberg neonationalistischer Gesinnung wachsen lässt. Von diesem Eisberg sieht Kohl noch nicht mal die Spitze. Für ihn liegen die Gründe des deutschen Rechtsextremismus vor allem im Verlust traditioneller Werte und Tugenden ...

Nach Kohls Erklärung gestanden viele der deutschen Spitzenpolitiker, die Regierungen von Bund und Ländern wie auch die Abgeordneten seien angesichts der fortlaufenden Gewaltakte gegen hier lebende Ausländer ebenso rat- und hilflos wie ihre Wählerinnen und Wähler. Man macht sich ein wenig Gedanken über die Individualisierung der Gesellschaft (in der nur noch die eigenen Freiheiten zählen und nicht mehr das Gemeinwohl), über die Vereinigungsprobleme und deren wirtschaftlichen Aspekte und so weiter. Und am Schluss steht wieder die Ratlosigkeit oder – wie bei der Präsidentin des deutschen Bundestages, Rita Süssmuth, anlässlich eines Vortrags an der Uni Zürich – die Erkenntnis, der Druck der praktischen Probleme sei so gross, dass die Bevölkerung nicht genügend über den Sinn der politischen Arbeit aufgeklärt werden könne!

Beim Blick auf die politischen Aktualitäten vergisst Deutschland offensichtlich die Betrachtung entsprechender Hintergründe. Noch heute singen die Deutschen jene Nationalhymne, mit der ihre Ahnen einst ausgezogen sind, der Welt das Fürchten zu lehren. Zur Wahrung eines freundlich-biederen Antlitzes hat man lediglich den liederlichen Wunsch nach einem «Deutschland, Deutschland über alles» abruf- und jederzeit wieder einsatzbereit in der Grümpelkammer des geistigen Mülls deponiert. Gleichzeitig ist heute, fast ein halbes Jahrhundert nach dem Zusammenbruch des tausendjährigen Reichs, dessen ehemaliger Führer immer noch Ehrenbürger vieler Städte und Gemeinden, beispielsweise von Aachen, Bochum, Hamm und Passau. Es sei nicht gerade klug, dachten gescheite Köpfe vor wenigen Jahren, die Ehrenbürgerschaft Hitlers jetzt noch abzuerkennen. Dies könnte den Eindruck erwecken, man habe so lange gebraucht, um festzustellen, dass er ein Verbrecher war. Ausserdem gibt's zusätzliche Gründe für die Undurchführbarkeit einer Entehrung: Der Beschluss zur Ehrenbürgerschaftsaberkennung muss – nach Meinung des deutschen Städtetags 1984 – dem betreffenden Menschen zustellbar sein, was bei einem Toten jedoch jenseits diesseitiger Möglichkeiten liege. (Rostock hingegen hat dem ehemaligen Reichsführer die Ehrenbürgerschaft 1990, noch vor dem Fall der Mauer, endlich und endgültig entzogen.)

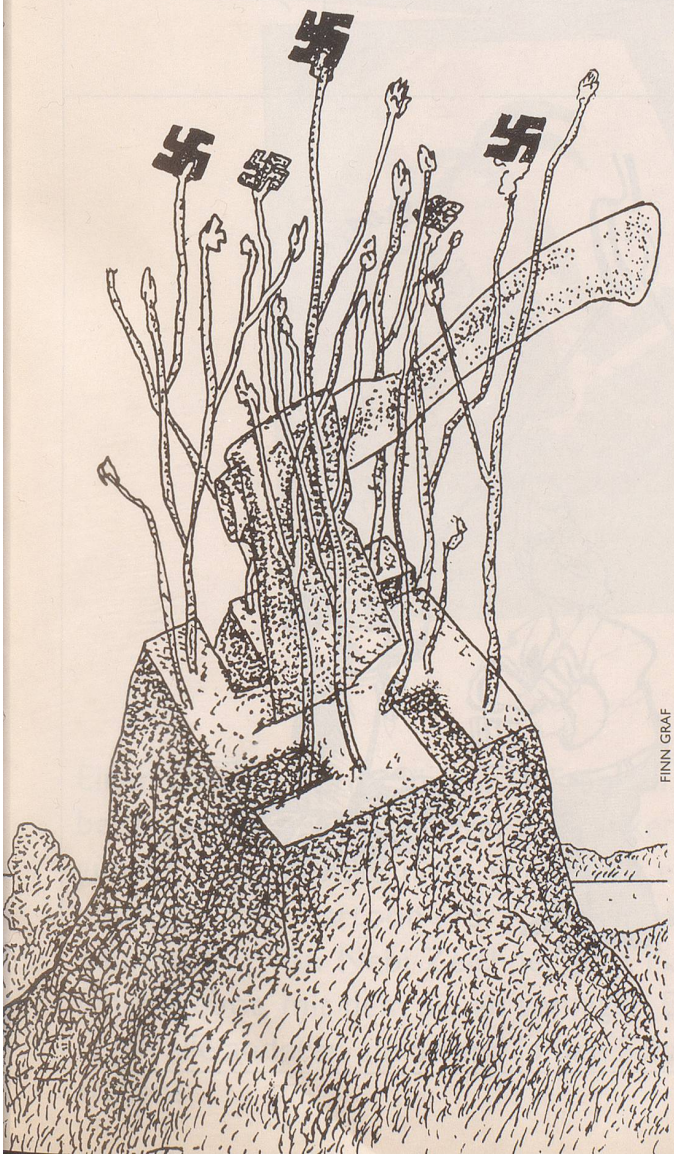
Vor solchen Hintergründen konnte der Nationalismus in Deutschland aufleben. In der Folge erblühte eine Tendenz zur «Bewältigung der Vergangenheitsbewältigung», (wobei das Gefasel von einer Gnade der späten Geburt und einer Rückkehr zum aufrechten Gang parteipräsidiale Unterstützung leistete). Diese Tendenz zeigte sich etwa in relativierenden Vergleichen zwischen den Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung mit den deutschen Zivilopfern alliierter Bombenangriffe. Damit wird Ursache und Folge des Zweiten Weltkriegs verunklart, was sich auch in der öffentlichen Artikulation grosser Menschenmengen manifestiert: Anfang 1993 demonstrierte man in Magdeburg mit einer Lichterkette gegen Gewalt und Fremdenhass, gleichzeitig erinnerte man an die Zerstörung der Stadt durch die alliierten Bomber. Sollte dadurch die Wahl der militärischen Mittel bei der Niederschlagung des Nationalsozialismus kritisiert werden?

Die Auseinandersetzung mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit macht sich Deutschland zu einfach. Die weitgehende Verdrängung legt jenes Fundament, welches das Aufleben neonationalistischer Gesinnung bei den einen, die Ratlosigkeit über diese Tatsache bei den andern begründet. Wer denkt schon darüber nach, welche speziellen Gründe dazu führten, dass aus einem Judenhass, wie er seit jeher fast überall in Europa herrschte, ausgerechnet in Deutschland der Holocaust entstehen konnte? Warum taten sich bei den Massakern gegen Juden vor allem die Kreuzritter hervor, die ihre Kreuzzüge im 11. Jahrhundert mit Blutbädern in Speyer, Worms, Mainz und anderen Städten begannen? Warum kennzeichnete sich in der Reformation Luther durch seine Schrift «Von den Juden und ihren Lügen» als wüsten Antisemiten, dessen Aufruf, die Juden so zu strafen, «dass die Gassen voll Bluts rönnen, dass man ihre Toten nicht mit Hunderttausend, sondern mit Zehnhunderttausend rechnen müsste», einer Aufforderung zum millionenfachen Massenmord gleichkam? Der Judenhass wurde – überall in Europa – von der christlichen Kirche geschürt, die ein Jahrtausend die Macht über die Menschen ausübte, besass sie doch tatsächlich das Monopol der Weltinterpretation. Zwar ist es der Kirche seit der letzten Jahrhundertwende gelungen, die Erinnerung an ihren jahrhundertelangen Antisemitismus weitgehend auszulöschen, aber die Folgen dieses Judenhasses wirkten weiter. Originalton Adolf Hitler in «Mein Kampf» (1932): «So glaube ich heute im Sinne des allmächtigen Schöpfers zu handeln. Indem ich mich der Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn.» Zwei der drei heutigen Koalitionsparteien

schmücken sich mit dem «christlichen» Adjektiv. Vielleicht stünde es ihnen besonders gut an, angesichts heutiger Entwicklungen eine intensive und selbstkritische Auseinandersetzung mit der Frage aufzunehmen, warum sich einst der nationalsozialistische Judenhass und jetzt der neonationalistische Fremdenhass in Deutschland radikaler entwickeln konnten als in andern europäischen Ländern.

Helmut Kohl will ausländische Kritik an deutscher Politik nicht verstehen. Unverständlich ist indessen auch, warum er (der persönlich die Beherrschung einer Fremdsprache für überflüssig hält, weil er Politiker und nicht Dolmetscher sei) 1985 das Bedürfnis geäussert hat, die deutsche Sprache in der Welt mehr zu verbreiten – und deshalb einen «Bericht der Bundesregierung über die deutsche Sprache im Ausland» erstellen liess. Dieser Bericht blieb nicht ohne Auswirkungen. Heute müssen die deutschen Goethe-Institute in aller Welt bei ihren Ausgaben für kulturelle Veranstaltungen sparen und sich verstärkt auf die Durchführung deutscher Sprachkurse konzentrieren.

Was Helmut Kohl von Kritik an seiner Politik grundsätzlich hält, hat er – früher häufiger als heute – mit einem geflügelten Wort erklärt: «Die Hunde kläffen, die Karawane zieht weiter.» Was ein echtes Trampeltier ist, wird weder von Wissensdurst noch von Erkenntnishunger gequält. Genährt von dieser Erfahrung sowie von den Mangelerscheinungen, die bei geistiger Selbstversorgung auftreten, begann der spitzenmässige Karawanzler sein politisches Falschgeld für bare Münze zu nehmen. So stellte er sich aus eigenen Gnaden als gesamteuropäischer Sprecher neben den damaligen US-Präsidenten Reagan. Grosszügig übersah die Welt den Sprachfehler in dieser Stimme. Und so leitete diese Stimme die damaligen Abrüstungsvereinbarungen zwischen den USA und der UdSSR unwidersprochen und ungestraft auf die eigene Mühle, um damit deren Leerlauf zu tarnen. Durch diesen Antrieb liess sich die Mühle nicht mehr bremsen. Die Möglichkeit zur Vereinigung von West- und Ostdeutschland war weder der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Erneuerungsbewegungen jenseits des Eisernen Vorhangs, noch Gorbatschows Perestroika oder revolutionären Regierungsumstürzen in den sozialistischen Staaten gutzuschreiben, sondern es handelte sich bei dieser Wiedervereinigung um das exklusive Werk dessen, der für kritisches Gebell kein Sensorium kennt. Leitet Kohl aus der Zusammenführung der beiden früheren Staaten seinen Anspruch auf eine Führungsposition innerhalb des zu vereinenden Europas ab? Bis vor kurzem stellte man aufgrund seiner Vereinigungserfahrung ein diesbezügliches Know-how des gewichtigen Bundeskanzlers nicht in Frage. Seit aber der gesellschaftspolitische Flop dieser Aktion und der rasante Abschwung der deutschen Wirtschaft offenkundig ist, verlieren die andern elf EG-Mitgliedsstaaten ihr Vertrauen in kohlsche Talente. Zu hoffen bleibt, dass solche Erkenntnisse auch auf jene Kamele übergreifen, deren Horizont in Kohls Regierungskarawane am Hinterteil ihres persönlichen Vortramplers endet.



FINN GRAF

Zu welchem Endziel die deutsche Regierungskarawane hinter ihrem unfehlbaren Ausländerfreund schaukelt, entzieht sich der Kenntnis bellender Kläffer. Je länger desto mehr scheint es jedoch, dass der selbstherrliche Trott von Fata Morgana zu Fata Morgana gefährlich nahe an jene Grümpelkammer führt, in der ein Teil der deutschen Nationalhymne abrufbereit lagert. Zu hoffen bleibt, dass in Deutschland eine Mehrheit von Wählerinnen und Wählern entsteht, die nicht länger dazu bereit ist, sich von einem Karawanzler verkohlen zu lassen, der 1986 erklärt hat: «Mein Problem ist, dass mein Appetit in umgekehrtem Verhältnis zu meiner Vernunft steht.» Es wäre schlichtweg verantwortungslos, die Zukunft Deutschlands weiterhin in die Hände eines selbsternannten Spitzentrampeltiers zu legen, dessen Leibesfülle und dessen überdimensionierter Machtappetit aufgrund seiner Eigenaussage in einer klitzekleinen Vernunft wurzeln muss. Gelänge es einer neuen Regierung, die alte Nationalhymne durch eine bescheidenere zu ersetzen, die doppelte Staatsbürgerschaft für in Deutschland lebende Ausländer einzuführen, in der deutschen Europa- und Weltpolitik eine realistischere Rolle zu spielen, innenpolitisch die anspruchsvolle Auseinandersetzung mit dem früheren und dem neueren Nationalsozialismus ernsthaft anzunehmen, so ginge ein Aufatmen rund um den Erdball, welches das Bild des hässlichen Deutschen in einem Zug zum Verschwinden brächte.